

dbb hh info 21/ 2011

22.08.2011

Spitzengespräch des dbb hamburg mit dem Ersten Bürgermeister

Zu einem weiteren Spitzengespräch traf sich der Landesvorstand des dbb hamburg mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und dem Chef der Senatskanzlei Staatsrat Dr. Krupp im Bürgermeisteramtszimmer des Rathauses.

Zur Frage der Aufnahme der grundgesetzlich eingeführten Schuldenbremse in die Hamburgische Verfassung führte der Bürgermeister aus, dass dies so vorgesehen sei. Allerdings erteilte er allen Spekulationen einer möglichen verfassungsrechtlichen Festschreibung des Verbots der Nettokreditaufnahme schon vor 2020 eine deutliche Absage. Dies wäre unseriös und könne mit gutem Gewissen und bei Kenntnis der entsprechenden Zahlen niemand garantieren.

Die Initiative des dbb zum Umgang mit der Altschuldenproblematik könne ein Schritt in die richtige Richtung sein. In jedem Fall lohne es sich bereits jetzt darüber nachzudenken.

Angesprochen auf die Zukunft des Berufsbeamtentums stellte Olaf Scholz fest, dass er überhaupt keinen Anlass dafür sehe, das Berufsbeamtentum einer Änderung zu unterziehen. Ebenso lehnt er das derzeit viel diskutierte Streikrecht für Lehrerinnen und Lehrer ab.

Bezüglich der Gesetzesvorlage zur Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlung und zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung sieht der Bürgermeister nach wie vor keinen weiteren Spielraum. Die Personalkosten lägen jetzt schon bei 40% der Gesamtausgaben der Stadt. Nach Vorhaltung des dbb hamburg wurde die Zahl auf rund ein Drittel reduziert. Hinsichtlich seiner noch ausstehenden Garantieerklärung zur zukünftigen Übernahme der Tarifabschlüsse auf die Besoldungs- und Versorgungsanpassung verwies er lediglich auf den entsprechenden Passus in der Bürgerschaftsdrucksache.....

Im Umgang mit den Klageverfahren gegen die FHH führte der Bürgermeister aus, dass es keine prinzipielle „Ansage“ gäbe, die Verfahren durchweg durch alle Instanzen zu führen. Vielmehr müsse man jeweils auf den Einzelfall abstellen.

Die Vielzahl der kostenintensiven Projekte sollen „mit Anstand zum Ende geführt werden“. Zukünftig wolle man sich stark einschränken. Das Projekt Neue Haushaltswesen müsse drastisch zurückgeführt werden und käme in Zukunft nur in Grundzügen zum Tragen.

Mit dem jährlichen Stellenabbau und dem „geregelten Einstellungsverfahren“ wird nach wie vor das Ziel verfolgt, „die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren“. Olaf Scholz bestätigte nochmals, dass die Bereiche Polizei, Feuerwehr, unterrichtende Lehrer von den Sparmaßnahmen ausgenommen werden. Auch die publikumsintensiven Dienststellen der Bezirke mit den entsprechenden Außenwirkungen wären nicht betroffen. Es bleibe aber dabei, dass im Justizbereich bis zum Jahre 2014 weiterhin nicht ausgebildet werde; die Steuerverwaltung müsse nochmals gesondert betrachtet werden; der dbb hamburg forderte in diesem Zusammenhang eine Ausnahmeregelung auch für die Finanzämter.

Das vorgesehene neue Mitbestimmungs- Personalvertretungsgesetz für Hamburg sei auf einem guten Weg. Der dbb hamburg unterstützt dieses Vorhaben.

Die Neuschaffung eines geplanten Verwaltungsamtes in der Behörde für Inneres und Sport verwies der Bürgermeister in die „Gerüchteküche“. Davon sei ihm nichts bekannt; der Senat verfolge ein solches Ziel nicht.

Die bereits vollzogene Abschaffung der freien Heilfürsorge für Berufsanfänger bei Polizei und Feuerwehr will der Bürgermeister mit dem Innensenator eingehend diskutieren.

Die Gespräche mit dem dbb hamburg werden zukünftig zumindest halbjährlich fortgeführt.

gez. Rudolf Klüver